

**Antrag der Fraktion der CDU****Anstrengungen zur Bekämpfung des Drogenproblems intensivieren!**

Im Land Bremen sind tausende Menschen abhängig von illegalen Drogen. Hinter jedem Drogenabhängigen steht ein individuelles Schicksal; die Gesellschaft darf niemanden mit seiner Suchterkrankung alleine lassen. Ein weiterer Grund, aus dem sich Bremen mit ganzer Kraft dem Drogenproblem zuwenden muss, ist die Beschaffungskriminalität. Sie betrifft alle Bürgerinnen und Bürger und hat in Bremen ein unerträgliches Ausmaß angenommen.

Sowohl Bremen als auch Bremerhaven sind im Vergleich mit ähnlich großen Städten traurige Spitzenreiter in der Einbruchstatistik. Mindestens 5000 Menschen werden jährlich zu Opfern von Einbrechern. Die Polizei geht davon aus, dass der größte Teil der Taten von Drogenabhängigen begangen wird, die auf diese Weise ihre Sucht finanzieren. Aus den Erlösen des Drogenhandels finanziert sich eine organisierte Kriminalität, die mit Drogengeschäften allein im Land Bremen einen jährlichen Umsatz von geschätzt über 90 Mio. € macht.

Das Ausmaß des Drogenproblems steht in einem krassen Missverhältnis zu den Anstrengungen, die der Senat zu seiner Lösung unternimmt. Wie der Mitteilung vom 25. Mai 2010 (Drucksache 17/1305) zu entnehmen ist, handelt der Senat im Bereich der Drogenhilfe weitgehend planlos. Ihm fehlen schon die notwendigen Grundinformationen, um geeignete Maßnahmen entwickeln zu können.

Die Zahl der Drogenabhängigen in Bremen und Bremerhaven ist zuletzt vor zwölf Jahren geschätzt worden; hinsichtlich des Drogenbedarfs Heroinabhängiger greift der Senat auf eine 19 Jahre alte Studie zurück. Der Senat kann weder Aussagen darüber treffen, ob sich unter den Abhängigen zugezogene Personen aus dem Umland befinden, noch findet eine systematische Erhebung zum Beigebrauch von Substitutionspatientinnen und -patienten statt, deren Zahl in den letzten acht Jahren um 40 % gestiegen ist. Ein Vergleich mit der Drogenszene in anderen Städten liegt nicht vor.

Der Senat kann auch keine Angaben darüber machen, wie viele Mitarbeiter in der Drogenhilfe tätig sind oder wie viel Geld das Land Bremen zur Bekämpfung der Drogensucht jährlich ausgibt. Daraus lässt sich schließen, dass eine Überprüfung der Drogenhilfe auf ihre Wirksamkeit in keiner Weise stattfindet. Es ist bezeichnend, dass der Senat in seiner Mitteilung feststellt: „Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass alle Substituierten zu Beginn der Behandlung mindestens einmal Kontakt zu einer Drogenberatungsstelle haben.“ Eine derart lückenhafte Betreuung von Substituierten, obwohl zahlreiche steuerfinanzierte Hilfsangebote existieren, ist vollkommen unzureichend.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die notwendigen Daten zu erheben sowie Informationen und Kosten zusammenzustellen, um ein Lagebild erstellen und sich der Suchtbekämpfung sowie der Beschaffungskriminalität planvoll und im Sinne eines Gesamtkonzepts widmen zu können.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Vergleich der Drogenproblematik in Bremen und Bremerhaven mit der Lage in anderen Städten jeweils vergleichbarer Größe zu ermöglichen, gegebenenfalls durch die Initiierung eines kommunalen Vergleichsrings.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sämtliche bisherigen Maßnahmen der Drogenhilfe auf ihre Wirksamkeit im Hinblick auf eine Reduzierung der Zahl von Drogenabhängigen im Land Bremen zu überprüfen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2010 bezüglich Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3 einen Bericht vorzulegen.

Wilhelm Hinners, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU